

zu diesem Entgegenkommen, das die Bundeskasse direkt belasten würde, ist der Finanzminister erst recht nicht bereit.

Denkbar wäre überdies, den Verteilungsschlüssel für die Einkommensteueranteile zu ändern. Der Städtetag-Beigeordnete Hans-Joachim Schäfer schlägt vor, nicht nur die einkommensteuerpflichtigen Einkommen, sondern auch das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe bei der Bemessung der gemeindlichen Einkommensteueranteile zu berücksichtigen. Doch Stoltenberg hat derlei bislang nicht erwogen.

Jeder, der Bonner Finanzchef wie seine Kollegen in den Landes-Hauptstädten, guckt eben erst mal aufs eigene Budget. Die Aussichten der Städte-Vertreter, an der bestehenden Geldverteilung etwas zu ändern, ist daher denkbar schlecht.

Schließlich werden die Gesetze woanders gemacht: bei denen, die etwas abgeben sollen.

BUNDESPOST

Flutschi unfrankiert

Zahlreiche Bürger stecken dem Bundespostminister und Batterie-Fabrikanten Schwarz-Schilling Umweltmüll in die Briefkästen.

Die bundesdeutschen Postbeamten, die täglich wenigstens einmal die Briefkästen leeren, haben seit Wochen schwerer zu schleppen. Auf die Sortiertische in den Postämtern kullert, zwischen Briefen und Karten, ungewöhnliche Fracht – gebrauchte Batterien aus Kofferradios, Weckern und Kassettenrekordern.

Zunächst konnten sich die Postler keinen Reim auf die Sendung machen. „Die sind ja gar nicht frankiert“, ulkte einer im Frankfurter Postamt 2. Ein Bediensteter meldete der Oberpostdirektion (OPD) die „besondere Einlieferung“.

Bei der OPD wußten die Herren schon Bescheid. Seit Ende August laufen in den Großstädten Köln, Düsseldorf, München, Hannover, Hamburg und Berlin wie auf dem flachen Land in Friedberg oder Bremerhaven die gleichen Meldungen ein. Die Bundespost ist zum Batterieempfänger, ihre Briefkästen sind zum Sondermüllzwischenlager geworden.

Die Postbeamten jedenfalls kommen sich vor, als arbeiteten sie in der Privatfirma ihres obersten Dienstherrn – beim Batteriehersteller Sonnenschein GmbH, die dem Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) und seiner Familie gehört.

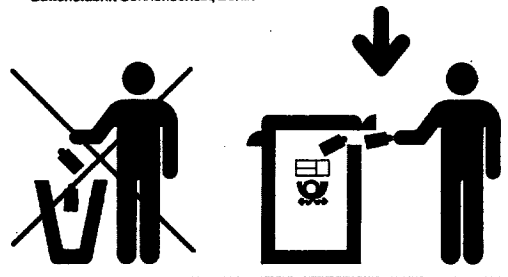
Dem Christdemokraten sind die bunten Batterien zweifellos auch zugehört – als Antwort offenbar auf die Umweltaffären der Accumulatorenfabrik Son-

Liebe Mitbürger!

BATTERIEN gefährden unsere Umwelt. Sie gehören nicht in den Mülleimer.

Die BUNDESPOST garantiert jetzt einwandfreie Entsorgung. Bitte werfen Sie Ihre gebrauchten Batterien in die BRIEFKÄSTEN der Bundespost. Helfen Sie mit, Ihnen und Ihrer Umwelt zuliebe!

DER BUNDESPOSTMINISTER
Dr. Christian Schwarz-Schilling
in Zusammenarbeit mit der
Batteriefabrik Sonnenschein, Berlin



Briefkasten-Aufkleber, Schwarz-Schilling: „Auf Sonnenschein folgt Saurer Regen“

nenschein. Sympathisanten eines bislang nicht identifizierten Kommandos „Auf Sonnenschein folgt Saurer Regen“ pappen seit Wochen auf Briefkästen und Telephonzellen einen „irreführenden Aufkleber“, so die Post, der „ganz amtlich“ wirkt.

„Liebe Mitbürger“, heißt es da schwarz auf gelb, „Batterien gefährden unsere Umwelt. Sie gehören nicht in den Mülleimer.“ Weil die Post jetzt eine

„einwandfreie Entsorgung“ garantiere, so der Aufklebertext, wird um Beistand geworben: „Bitte werfen Sie Ihre gebrauchten Batterien in die Briefkästen der Bundespost. Helfen Sie mit, Ihnen und Ihrer Umwelt zuliebe!“ – was viele prompt befolgten.

Als Verantwortlicher für die Sammelaktion wird „Der Bundespostminister“ genannt, „in Zusammenarbeit mit der Batteriefabrik Sonnenschein“. Auf ei-



Wohin mit alten Batterien?

Mit verbrauchten Kleinbatterien gelangen jährlich 50 Tonnen des Nervengifts Quecksilber über den Hausmüll in die westdeutsche Umwelt. Etwa 38 Tonnen des Schwermetalls landen auf Deponien, 12 Tonnen geraten mit den Abgasen von Müllverbrennungsanlagen in Wasser, Boden und Luft – und damit in die Nahrungskette.

Vorschläge, eine Wiederverwertung aller giftigen Batterien vorzuschreiben, sind bislang am Widerstand der Branchen-Lobby gescheitert. In einer „freiwilligen Vereinbarung“ mit der Bundesregierung haben die Hersteller lediglich die – wirtschaftlich lohnende – Rücknahme und Wiederverwertung von Silberoxid- und Quecksilberoxid-Knopfzellen zugesichert, die bis zu 30 Gewichtsprozent Quecksilber enthalten.

Derzeit liegt die Recycling-Quote bei Quecksilber-Knopfzellen gerade bei 45 Prozent; Jahr für Jahr belasten 14 Tonnen Quecksilber aus nicht zurückgegebenen Knopfzellen den westdeutschen Müll. Mit der Einführung einer Pfandgebühr für Mini-Batterien, wie Umweltschützer sie seit

langem fordern, ist dennoch für diese Legislaturperiode nicht zu rechnen.

Noch ungleich mehr Quecksilber als mit den Knopfzellen aus Uhren, Hörgeräten und Belichtungsmessern gerät mit den ganz normalen, etwa in Taschenlampen gebräuchlichen Alkali-Mangan-Batterien in die Umwelt: pro Jahr 37 Tonnen. Die Alkali-Mangan-Batterien enthalten zwar nur ein bis drei Prozent Quecksilber; sie sind aber nicht nur viel größer, sondern werden auch ungleich häufiger verkauft als Knopfzellen.

Dennoch wird die schadlose Beseitigung gebrauchter Alkali-Mangan-Zellen vom Handel bislang nicht propagiert. Weil solche Batterien kein Silber enthalten und eine Wiedergewinnung des Quecksilbers in diesem Fall relativ kostenintensiv ist, gelten Sammelaktionen als Verlustgeschäft. Und wo allzu hohe Kosten entstehen, endet allemal der Umweltschutz nach Bonner Art – zumindest dann, wenn es an politischem Druck mangelt.

Gut möglich, daß die von Unbekannten angezettelte Rückgabe-Aktion per Postbriefkasten dazu beiträgt, den umweltpolitischen Druck auf Bonn zu erhöhen.